

Neue Studie: So heizt Deutschland

Die privaten Haushalte werden durch steigende Heizkosten massiv belastet. Die Herausforderungen der aktuellen Energiekrise machen die Lage noch brisanter. Gleichzeitig wurden die im Klimaschutzgesetz festgelegten Vorgaben zur Emissionsreduktion bisher mehrfach verfehlt. Eine neue Studie liefert erstmals detaillierte Informationen zu Gebäuden, deren Bewohnern und zur Energienutzung.

Die Studie soll dazu betragen, effiziente und sozial ausgewogene Förderprogramme zu entwickeln. Die Daten des Ariadne Wärme- & Wohnen-Panels bieten eine neue Basis dafür, Maßnahmen für unterschiedliche Haushaltsgruppen zu entwickeln und zu überprüfen. Die Erhebung wird bis zum Jahr 2023 fortgeführt und ermöglicht Rückschlüsse auf die Heizinfrastruktur, Modernisierungstätigkeiten und das Verbrauchsverhalten privater Haushalte.

Hemmnisse und Barrieren der Haushalte bei der Änderung ihres Heizverhaltens sollen identifiziert und abgebaut werden. Das ist vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise besonders wichtig.

In der Erhebung für das Jahr 2021 lagen die Kosten für Heizung und Warmwasser pro Quadratmeter für Mietwohnungen deutlich höher als für Eigentumswohnungen. Unabhängig von Eigentum oder Miete sinken die durchschnittlichen Kosten pro Quadratmeter in allen betrachteten Gebäudearten mit steigendem Einkommen.

Bei der Sanierungstätigkeit in Eigentumswohnungen gab es 2021 kaum Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen. Nur rund 20 Prozent der Befragten gaben an, sich eine energetische Sanierung nicht leisten zu können. Gleichzeitig schätzten 37 Prozent, dass sich eine energetische Sanierung trotz Förderprogrammen nicht lohnen würde. Insgesamt fühlten sich nur 25 bis 30 Prozent der Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer gut informiert über bestehende Förderprogramme zur Gebäudesanierung.

Die politischen Maßnahmen im Gebäudesektor fanden im Jahr 2021 überwiegend eine hohe Zustimmung und wurden als wirksam wahrgenommen. Von der Wirksamkeit eines Einbauverbots für Gaskessel waren die Befragten dabei weniger überzeugt als von dem bereits verabschiedeten Einbauverbot neuer Ölkessel.

Eine Aufteilung der Kostenbelastung der CO2-Bepreisung gemäß Bausubstanz, bei der der Kostenanteil des Vermietenden umso niedriger ist, je höher die Energieeffizienz des Gebäudes ist, genoss jeweils die höchste Zustimmung unter den befragten Mietenden und Vermietenden.

Bis Mitte des Jahrhunderts soll der Gebäudebestand in Deutschland nahezu klimaneutral sein. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss umfangreich saniert, müssen Hindernisse und Unsicherheiten über Förderprogramme sowie die Rentabilität von energetischen Sanierungen beseitigt werden. Die meisten Deutschen wissen offenbar nicht, was der CO2-Preis an direkter finanzieller Belastung bedeutet. Auch der klimapolitische Nutzen für die Erreichung der Klimaschutzziele ist weitgehend unbekannt.

Die Ergebnisse des Wärme- & Wohnen-Panels liefern Daten zur Heiz- und Energieinfrastruktur des Landes, detaillierte Informationen zum Gebäudebestand, zu bestehenden Heizsystemen und Heizkosten sowie Aussagen über die Art der Haushalte und über bereits durchgeführte oder geplante Sanierungsmaßnahmen.

Diese Informationen machen es möglich, staatliche Förderprogramme zielgenauer abzustimmen und auf regionale Besonderheiten besser einzugehen. Denn die klimatischen Unterschiede zwischen dem nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein und den südlichen Bundesländern wirken sich deutlich auf das jeweilige Heizverhalten aus.

Haben Sie Fragen dazu, welche staatlichen Förderungmaßnahmen die Sanierung Ihres Eigenheims unterstützen?

Kontaktieren Sie uns ganz unverbindlich.
Wir beraten Sie gern.

Das könnte Sie auch interessieren: Staatliche Förderung bei Sanierungen weiterhin attraktiv